

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 3 (1975)

DOI: 10.11588/fr.1975.0.48388

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

GOTTFRIED SCHRAMM

MILITARISIERUNG UND DEMOKRATISIERUNG:  
TYPEN DER MASSENINTEGRATION  
IM ERSTEN WELTKRIEG

Wenn in diesem Bande die Auswirkungen eines verheerenden modernen Krieges anhand zweier Länder, Frankreich und Deutschland, untersucht werden, dann liegen, als Gewähr für die Ergiebigkeit eines solchen Ansatzes, wichtige Strukturähnlichkeiten zwischen den aus einer viel größeren Zahl mitkämpfender Staaten ausgewählten Mächten auf der Hand. Beide befanden sich auf einem ähnlichen wirtschaftlichen und zivilisatorischen Entwicklungsstand. Beide stützten sich auf ein Nationalbewußtsein, das die große Masse ihrer Bewohner zusammenschloß. Jede von ihnen empfand die andere als Hauptgegnerin und den Waffengang als die große Entscheidung über die eigene politische Zukunft. Das Ringen um den Sieg schien alle Opfer wert, die dann auch in unaufhaltsamer Steigerung gebracht wurden. Ein bezeichnender Niederschlag der Übereinstimmungen: die deutschen und die französischen Truppen, die sich in den Gräben Flanderns, des Artois und der Champagne gegenüberlagen, hielten sich in ihrem Kampfwert ungefähr die Waage.

In meine Blickrichtung fällt die gesondere Zusammenschau der deutschen und der französischen Verhältnisse nicht. Für mich steht Deutschland vielmehr in einer anderen Vergleichsperspektive. Seit einiger Zeit beschäftigt mich die politische Entwicklung Rußlands, die zur Februarrevolution von 1917 hinführte<sup>1</sup>, und für diese Thematik erwies sich bald eine Konfrontation mit Deutschland als besonders fruchtbar. So kraß der wirtschaftliche Unterschied zwischen den Reichen Nikolaus' II. und Wilhelms II., zwischen dem Industriegiganten und dem industriellen Spätkommer sein mochte: diesmal liegen Verfassung und Verfassungsschicksal,

---

<sup>1</sup> Die instruktivsten Einführungen in die Schlußphase des Zarenreiches bieten m. E. Michael T. FLORINSKY, *The End of Russian Empire* (Yale ... 1931), der die reichen Ergebnisse der Carnegie-Reihe *Economic and Social History of the World War. Russian Series*, auswertet; George KATKOV, *Russia 1917. The February Revolution* (London 1967), wo auch die Vorgeschichte ab Kriegsausbruch dargestellt wird; V. S. DJAKIN, *Russkaja buržuazija i carizm v gody pervoj mirovoj vojny (1914–1917)* (Leningrad 1967). Auf die Nennung weiterer Literatur in russischer Sprache habe ich in diesem Beitrag verzichtet.

die Deutschland und Frankreich weit voneinander trennen, eng beieinander. Denn hier wie dort zerbrach im Ersten Weltkrieg ein politisches System, das in seiner konstitutionell-monarchischen, vordemokratischen Struktur gegenüber England, Frankreich und den Vereinigten Staaten archaisch anmutet<sup>2</sup>. Und wenn der Krieg diese beiden Archaismen zerstörte, dann keineswegs als Blitz aus heiterem Himmel, sondern als eine Zerreißprobe, die Funktionsschwierigkeiten offenlegte, die eine – in Rußland noch weiter als in Deutschland verbreitete – Kritik schon vor dem Kriege angeprangert hatte.

Dieser deutsch-russischen Konvergenz in einer knappen Skizze nachzugehen, wirft insofern auch etwas für einen deutsch-französischen Vergleich ab, als Frankreich den Abhebungshintergrund für die näher zu beleuchtenden deutsch-russischen Gemeinsamkeiten bilden wird. Wir brauchen es in unserem Kalkül als Gegenbild: als Beispielfall für jene Staaten, die mit den Problemen, die der Erste Weltkrieg an sie herantrug, im Fazit **e r f o l g r e i c h** fertig wurden, und zwar auf Grund günstiger geographischer u n d politischer Voraussetzungen.

Eine erste wichtige Übereinstimmung zwischen Deutschland und Rußland besteht darin, da beide durch den Krieg nicht nur, wie alle kämpfenden Staaten, strapaziert, sondern **ü b e r f o r d e r t** wurden. Wenn sie schon 1914 darangingen, ihre ganze Volkskraft für die Vergrößerung der Armee auszuschöpfen, und bald ungeheure Blutopfer zu beklagen hatten, so galt das natürlich auch für das strukturelle Gegenbild Frankreich. Aber Frankreich war doch niemals, wie Deutschland und Rußland, vom Weltmarkt und von der materiellen Unterstützung durch die Alliierten abgeschnitten. Es zehrte vielmehr von den sich steigernden Rüstungsleistungen Englands und der Vereinigten Staaten, die für den Sieg entscheidend wichtig waren. In Frankreich fehlt – bei allen Entbehrungen – etwa das Phänomen des nackten Hungers in einem politisch relevanten Ausmaß, und damit fiel in der Hauptstadt, aber auch in den übrigen industriellen Ballungszentren ein wesentlicher Faktor der Gefährdung aus. Denn eben der Hunger in den großen Städten hat sich in Deutschland und Rußland wohl stärker als das große Sterben an der Front auf die Stabilität des Systems ausgewirkt.

In Deutschland war die immer schwärzer werdende Misere der Heimat um so schwerer zu ertragen, als damit keine steigende Siegeshoffnung eingehandelt wurde. Im Gegenteil: wer sich einen nüchternen Blick bewahrt hatte, mußte zugeben, daß die ohnedies schwächeren Kräfte des Verbündeten Österreich-Ungarn von Monat zu Monat nachließen und die Ge-

---

<sup>2</sup> Das gilt auch für Österreich-Ungarn, das wegen seiner komplizierten Sonderbedingungen im folgenden ausgeklammert bleibt.

genseite über mehr Menschen und mehr Fabriken verfügte. Da Hoffnungen und Befürchtungen nun einmal historische Realitäten von nicht geringerem Gewicht als die sogenannten historischen Fakten sind, wird man die abnehmende Siegesaussicht unbedingt zu jenen Phänomenen hinzunehmen müssen, die das deutsche Volk und das System, in dem es lebte, überforderten. Ja waren die Oktoberreformen des Jahres 1918, die tief in das Gefüge der Reichsverfassung von 1871 eingriffen, und wenig später die Revolution nicht primär die Quittungen für die Niederlage, in der diese Überforderung endgültig zu Tage trat? Umgekehrt darf man annehmen, daß die schwere Last der Franzosen durch eine Siegeszuversicht erleichtert wurde, die, allen zeitweiligen Horizontverdüsterungen zum Trotz, langfristig stieg.

Rußland zeigt ein Doppelgesicht. Einmal die wachsende Kriegsmüdigkeit der Massen, die entscheidend durch die Rüstungsüberlegenheit der Deutschen genährt und durch die kärgliche Hilfe von außen nicht wesentlich gemildert wurde. Aber daneben – in der adlig-bürgerlichen Oberschicht, aber auch auf andere Klassen abfärbend – die Meinung, daß der Krieg sich durchaus gewinnen lasse, weil man in die Front mit steigender Siegeshoffnung eingereicht sei. Dabei glaubten der Zar und eine immer mehr dahinschwindende Zahl von Gesinnungsgenossen, der Sieg hänge von der unwandelbaren Treue zum System ab, während die Opposition, die sich namentlich im »Progressiven Block« innerhalb der Duma und den diesem nahestehenden gesellschaftlichen Organisationen artikulierte, der entgegengesetzten Überzeugung huldigte, erst ein gründlicher Systemwandel werde den Weg zum Sieg freigeben. Die Anhänger dieser Idee, die bei aller radikalen Kritik nicht eigentlich Revolution und auf keinen Fall einen Sonderfrieden mit Deutschland wollten, waren – stärker, als nach dem grundlegenden Dissens zu den Massen zu vermuten – von deren revolutionärer Unruhe und damit von der Kriegsmüdigkeit Geschobene: ein bezeichnendes Beispiel für die eigentümliche Dynamik des Krieges, in dem eine Kugel ganz andersartige Kugeln ins Rollen bringen konnte.

Insgesamt läßt sich ohne Überdruß, Hunger und Kälte, ohne die Sorge, trotz auszehrender Arbeit das Wettrüsten zu verlieren, kurz, ohne die für die »eingeschlossenen« Länder typischen Erfahrungen jener politische Druck nicht verstehen, der in unseren Beispielfällen Deutschland und Rußland so viel stärker war als in Frankreich. Er ist zu einem nicht geringen Teil transponierte Energie, die aus Nöten herrührt, für die eine unmittelbare Abhilfe nicht zu schaffen war; ist Verlagerung des Unmuts auf einen Bereich, in dem ein Wandel auch unter den Bedingungen des »Eingeschlossenseins« möglich erschien.

Aber darf man das so weit zuspitzen, ein politisches System sei dort am gefährdetsten gewesen, wo die – systemunabhängigen! – Kriegsbelastun-

gen am größten waren? Das könnte bedeuten, daß Frankreichs politische Ordnung nur deshalb intakt blieb, weil sie keinen ähnlichen Zerreißproben wie das Zarenreich oder wie das kaiserliche Deutschland ausgesetzt war. Eine solche Folgerung ist – namentlich wenn man den Prestigeverlust der Dritten Republik angesichts der Niederlage gegen Hitlerdeutschland zum Vergleich heranzieht – zwar nicht notwendigerweise falsch, aber sie muß auch nicht richtig sein. Unbezweifelbar scheint mir, was schon von manchen, um die eigene Zukunft besorgten Deutschen in der zweiten Hälfte des Krieges zugegeben wurde: daß die demokratischen Staaten bei der Bewältigung der politischen Probleme, die das große Ringen aufwarf, im Vorteil waren, und zwar unabhängig von jener geographischen Lage, die sich uns als ihr eines Prä gegenüber den »Eingeschlossenen« dargestellt hat. Nur die demokratischen Länder vermochten in einer Zeit, in der so viel auf Effizienz und straffe Führung, auf »Militarisierung« des Lebens ankam, eine aktionsfähige Befehlsspitze zu entwickeln, während die vordemokratischen Staaten aus der Unverbundenheit militärischer und ziviler Führung nicht herausfanden. Und in demokratischen Staaten boten sich naturgemäß weniger Angriffspunkte für jene – später zu erläuternde – Tendenz zur »Demokratisierung«, die für den Ersten Weltkrieg typisch ist.

Auf die Unfähigkeit, den Krieg politisch zu meistern, haben dann auch Beurteiler aus sehr verschiedenen Lagern das Debakel der vordemokratischen Staaten zurückgeführt. So meinte Lloyd George, Deutschland sei zusammengebrochen, weil es keinen Gambetta, keinen Clemenceau und keinen Pitt (wir dürfen ergänzen: auch keinen Lloyd George) gehabt habe; keine Politiker, die mit der Macht über die Seelen die eigentlich entscheidende Waffe zu führen verstanden<sup>3</sup>. Welch merkwürdiger Konsens mit Männern wie Ludendorff, die unter völligem Absehen von den hoffnungslos unterlegenen Menschen- und Rüstungspotentialen Deutschlands die Ursachen seiner Niederlage einseitig im politischen Versagen suchten!

In Wirklichkeit mußte das Deutsche Reich vielmehr wegen seiner »natürlichen« Unterlegenheit kapitulieren. Schwer vorzustellen zumindest, daß eine erfolgreichere politische Integration – ob nun mit militaristischem oder demokratischem Gesicht – noch wesentlich mehr militärische Kraft aus der längst überbeanspruchten Nation hätte herauspumpen können<sup>4</sup>. Mit mehr Grund ist dagegen behauptet worden, die beiden ande-

<sup>3</sup> In einer Rede am 18. 3. 1925 s. Militär-Wochenblatt 109 (1925), Sp. 1074 f.

<sup>4</sup> Auf die erdrückende Zahlenüberlegenheit der alliierten Streitkräfte gegen Kriegsende wird die deutsche Niederlage zurückgeführt in der knappen und klaren Analyse des französischen Generals Edmond BRUAT, Die deutsche Armee im Weltkriege. Ihre Größe und ihr Verfall. Ihr Manövrieren auf der inneren Linie. Dt. v. Hans Krause

ren »Kaisersysteme«, das russische und das österreichisch-ungarische, seien primär aus politischer Schwäche kollabiert<sup>5</sup>.

Betrachten wir nun die bereits stichwortartig genannten und, wie mir scheinen will, für das Verständnis der innenpolitischen Vorgänge im Ersten Weltkrieg zentral wichtigen Tendenzen näher, die beide aus der Natur des Krieges flossen und sich als zwei verschiedene Strategien mit dem gleichen Zweck enthüllen, Bevölkerungen so zusammenschweißen, daß sie den Krieg mit seinen ungeheuren Anstrengungen und Opfern durchzustehen vermochten.

Und behalten wir dabei stets im Auge, daß es sich nicht um eine strenge Antithese von einander ausschließenden Konzepten handelt. Die Westmächte zeigten etwa, daß »Militarisierung« auch mit einem demokratischen Vorzeichen möglich war, und Ähnliches schwebte der politischen Opposition in Rußland vor, die sich von einer »Regierung des nationalen Vertrauens« nicht nur mehr Demokratie, sondern auch größere Möglichkeiten des Durchgreifens und der Mobilisierung, also mehr »Militarisierung« versprach. Während hier eine *V e r f l e c h t u n g* beider Stränge heraustritt, stößt man in Deutschland auf ein eigentümliches *N e b e n e i n a n d e r* und *G e g e n e i n a n d e r*<sup>6</sup>: viel »militaristische Militarisierung«, deren Drähte von uniformierten Feinden der Demokratisierung gehalten wurden, aber doch auch einige Durchbrüche in die entgegengesetzte Richtung.

(München 1921) und – polemisch gegen Hindenburgs Interpretation – von dems., Hindenburg (München 1922) S. 94–97; 136 f. – Als Auseinandersetzung zwischen Wirtschaftspotentialen, in der Deutschland auf die Länge verlieren mußte, erscheint der Weltkrieg in der klugen Betrachtung von Adolf CASPARY, *Wirtschafts-Strategie und Kriegführung. Wirtschaftliche Vorbereitung, Führung und Auswirkung des Krieges im geschichtlichen Aufriß* (Berlin 1932). – Carl SCHMITT, *Staatsgefüge und Zusammenbruch des Zweiten Reiches. Der Sieg des Bürgers über den Soldaten* (Hamburg 1934) überwindet die Primitivität jener deutschen Literatur, die das Debakel des Kaiserreichs primär aus politischen Erscheinungen erklären will, darin, daß er im Gegensatz von politischer und militärischer Führung nicht einfach ein Versagen der einen Seite, sondern ein kriegsbedingtes Wiederaufbrechen des seit dem 19. Jh. angelegten Dualismus von Militär- und Verfassungsstaat erklärt. Sein Fazit: es kam schließlich zu einem »tödlichen Gegensatz von Heer und Heimat, Soldat und Arbeiter . . . Daran ist Deutschland zusammengebrochen« (S. 39). Diese Deutung, die von der alliierten Überlegenheit an Menschen und Material völlig absieht, mutet mir verstiegen-geistreich an.

<sup>5</sup> Für Rußland s. etwa die gewichtige Meinung von Peter B. STRUVE in dem von ihm hrg. *Food Supply in Russia During the First World War* (New Haven 1930) S. XX; für das Habsburgerreich u. a. Moritz AUFFENBERG-KOMAROV, *Aus Österreich-Ungarns Teilnahme am Weltkriege* (Berlin . . . 1920) S. 13.

<sup>6</sup> Richtig dazu Willibald GUTSCHE in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 13 (1965) S. 211 f.: »Die Bedingungen des Krieges zwangen den deutschen Imperialismus zu paradoxen innenpolitischen Folgerungen. Auf der einen Seite konnte er seine Kriegspolitik im Innern nur durch Verschärfung der Gewalt, durch künstliche Stärkung seiner Autorität und erzwungene Disziplin sichern. Auf der anderen Seite verstärkte sich der Zwang zur Demokratisierung, je länger der Krieg dauerte, je deutlicher es wurde, daß an einen Blitzsieg nicht zu denken war«.

## A. »Militarisierung«

Mit der Mobilmachung schlug die Stunde der nun gewaltig anschwellenden bewaffneten Macht und der zivilen Exekutive. Befehlen und Gehorchen entsprach der Lage – ob sie nun von der Gesellschaft emphatisch bejaht oder nur ergehen hingenommen wurde – mehr, als Gruppeninteressen in einem komplizierten Kräftespiel durchzusetzen; mehr als Wählen, Debattieren, Verhandeln und Kompromisseschließen. So gehörten zu den Hauptthemen, die – laut den am 29. Juni 1917 von Ludendorff in Kraft gesetzten Leitsätzen – der *Vaterländische Unterricht* den Mannschaften einhämmern sollte, *Notwendigkeit und Bedeutung der Führung auf allen Gebieten (militärische, Regierung, Verwaltung, Industrie und Handel)*. Aus dieser Notwendigkeit sei abzuleiten, daß Autorität und Unterordnung walten müßten<sup>7</sup>.

Das Heer wurde nach der Analyse, die ein scharfblickender Beobachter schon zu Kriegsbeginn anstellte, aus einem Ressort zur zweiten Erscheinungsform des Staates, während die Parlamente sich in nach außen gerichtete Organe und Instrumente der Staatsgewalt wandelten. Mochten auch viele im Rausch der Kriegsbegeisterung die Nation als Subjekt des Geschehens begreifen: die Gesellschaft war in Wirklichkeit wie nie zuvor, auch unter dem Absolutismus nicht, Objekt in den Händen des Staates, dessen grenzenlose Macht sich erst jetzt realisierte<sup>8</sup>.

»Militarisierung« drängte auf Konzentration der Willensbildung bei einer Instanz; auf eine gemeinsame und energisch wirkende Spitze für die militärischen und die zivilen Stellen, da sie alle ja nun vor dieselbe Hauptaufgabe, nämlich den Krieg zu gewinnen, gestellt waren. Nun, Max Weber war im Dezember 1917 der Ansicht, eine *politische Militärdiktatur* habe sich mittlerweile in allen kämpfenden Staaten, wie in jedem schweren Kriege, an die Stelle der herkömmlichen Regierungsformen geschoben: *Sie arbeitet überall mit einer spezifischen Art von Massendemagogie und schaltet alle normalen Ventile und Kontrollen, daher auch die parlamentarische, aus*<sup>9</sup>. Mittlerweile kennen wir aus dem Zweiten Weltkrieg, und zwar aus Ländern, die schon im Frieden diktatorisch geführt worden waren, die echte Diktatur als politische Lenkungsform der Kriegsanstrengung genau genug, um die Kühnheit abschätzen zu können, mit

<sup>7</sup> S. bei dem Verf. des Entwurfs der Leitsätze, Walter NICOLAI, Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg (Berlin 1920) S. 121.

<sup>8</sup> Emil LEDERER, Zur Soziologie des Weltkriegs, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 39 (1914–15) S. 347–384. – Für Frankreich beschrieb die Einschränkung der »öffentlichen Freiheiten« und die Ausdehnung der Staatsfunktionen Pierre RENOUVIN, Les formes du gouvernement de guerre (New Haven 1925 in der frz. Carnegie-Reihe) S. 25–50.

<sup>9</sup> MAX WEBER, Gesammelte politische Schriften (3. Tübingen 1971) S. 290.

der Max Weber ein in der Tat überall **a n g e l e g t e s** Phänomen als **v o l l z o g e n e** Tatsache darstellt. Zu seiner Zeit kamen einer echten oder doch funktionierenden Diktatur gerade nicht Staaten wie Deutschland und Rußland am nächsten, obwohl es sich namentlich in Deutschland anbot, das vordemokratische Erbe, die »militaristische Tradition«, für die Ausbildung einer Militärdiktatur einzusetzen, und in Ludendorff ein befehlsgewohnter Willensmensch von hohem nationalen Prestige bereit stand. Ludendorff hat immer wieder, auf seine Unentbehrlichkeit gestützt, politische Entscheidungen diktiert und ist doch davor zurückgewichen, das Kanzleramt selber zu übernehmen oder es zumindest einem ausgesprochenen Vertrauensmann der OHL zuzuschancen. Er wollte also nicht, was er sich später als Versäumnis anlastete, jene Diktatur antreten, zu der er von rechten Kreisen immer wieder gedrängt wurde. Dafür war er, trotz aller forschen Übergriffe auf andere Reviere, doch zu tief geprägt durch das gekästelte System des Kaiserreiches und als Nur-Offizier ohne Zuversicht, sich mit den ihm vertrauten Praktiken auf dem fremden, unheimlichen Boden der Politik erfolgreich durchzusetzen. Vor dem Reichstag aufzutreten, mit Abgeordneten umzugehen, die keine Hacken zusammenrissen wie Soldaten und vielleicht schwerer unter Druck zu setzen waren als Minister – das alles war ihm unheimlich.

In Rußland blieb die politische und militärische Willensbildung noch unverbundener als in Deutschland. Hier wie dort wäre es laut Verfassung Sache des Kaisers gewesen, beide Stränge zu integrieren. Aber Nikolaus II. war dazu ebenso ungeeignet wie Wilhelm II. General Alekseev, Generalstabschef und De-facto-Oberbefehlshaber seit Sommer 1915, war in anderer Weise Nur-Soldat als Ludendorff. Auch den Russen beunruhigte, hierin seinem deutschen Widerpart vergleichbar, die politische Entwicklung in seinem Lande tief. Aber er nahm es sich nicht heraus, wie Ludendorff mit dem Wetterstrahl dreinzufahren und immer wieder die Abberufung politischer Schlüsselfiguren durchzusetzen. Vielmehr blieben in Rußland (wie wir noch sehen werden: mit negativen Effekt für das System) der politische und der militärische Bereich strenger getrennt als in den meisten anderen kriegführenden Staaten. Alekseev lag es auch fern, wie der Amateur-Ideologe des deutschen Hauptquartiers ein militaristisches Gesellschaftsideal als angeblich überparteiliche Forderung, als einzige Verwirklichungschance für die kriegsnotwendige »Einheit von Wehrmacht und Volk« zu propagieren. Eine solche Einheit versprach er sich, wie so viele in Rußland, eher von einem Machtgewinn der Duma, also von »Demokratisierung«.

Einer Diktatur am nächsten kamen die Westmächte. In Frankreich stabilisierte sich nach manchen Reibungen über die naturgemäß schwierige Frage nach der Abgrenzung zwischen *direction* und *conduite de la guerre*,

zwischen zivilem und militärischem Ressort – aufgrund der Prestigeeinbuße, die General Nivelles Mißerfolg in den Monaten April-Mai 1917 mit sich brachte – ein klares Übergewicht der Regierung über das Oberkommando<sup>10</sup>. Und in Clemenceau fand sich der Mann, der seine Autorität gegenüber dem eigenen Kabinett, dem Parlament und dem Volk ohne Abstriche durchzusetzen verstand. Ein paralleler Vorgang hat in England – mit der Ernennung des bereits als Rüstungsminister bewährten Lloyd George zum Premier, der in vielbewunderter Weise ein ganzes Volk in der Kriegsanstrengung zu einem verstand – seine Scheitelhöhe schon im Dezember 1916 erreicht. Nur daß die militärischen Führer in einer zentralen Sachauseinandersetzung über den auch strategisch ambitionierten politischen Führer dank dem Gewicht ihrer Argumente und der französischen Rückendeckung obsiegten: der Wunsch des Regierungschefs, die militärische Endentscheidung von Frankreich wegzuverlagern und im Kampf gegen Deutschlands Verbündete, die Türkei und Österreich-Ungarn, zu suchen, blieb unerfüllt.

Aber nun zur anderen, im Ersten Weltkrieg ebenfalls die Ländergrenzen übergreifenden Tendenz.

## B. » Demokratisierung «

Der moderne, große Krieg appellierte an alle. Nicht die Berufssoldaten stellten die Masse der Kämpfenden, sondern Männer, die aus zivilen Beschäftigungen unter die Fahnen getreten waren. Und wer Zivilist blieb, war doch Mitarbeiter in der großen Munitionsfabrik, in die sich jetzt ganze Länder verwandelten<sup>11</sup>. Oder er hatte zumindest Anteil an den Entbehrungen, die alle um des Krieges willen auf sich nehmen mußten.

<sup>10</sup> Jean Marie BOURGET, *Gouvernement et Commandement. Les leçons de la Guerre mondiale* (Paris 1930). Diese vergleichende Studie über die Regelung des Verhältnisses militärischer und ziviler Führung in den verschiedenen kriegführenden Staaten, besonders in Frankreich und Deutschland, verteidigt überzeugend die französische Lösung gegen Kritiker im eigenen Lande, die ein »unabhängiges Militär« nach dem Muster des kaiserlichen Deutschlands für effektiver hielten. – Otto v. MOSER, *Die obersten Gewalten im Weltkrieg. Das Werk der Staatsmänner, Heerführer, Parlaments-, Presse- und Volksführer bei der Entente und bei den Mittelmächten* (Stuttgart 1931), der England, Frankreich und Deutschland untersucht, kommt ebenfalls zu dem Fazit, daß die politische Führung im Streitfall ihre Interessen gegen die militärischen Instanzen durchsetzen sollte. Die Frage, warum das in Deutschland gerade nicht geschah, wird freilich viel zu personalistisch beantwortet.

<sup>11</sup> Nach einem Vortrag von GUSTAV STRESEMANN, *Industrie und Krieg* (24. 10. 1916) = *Veröffentlichungen des Bundes der Industriellen* H. 9a (Berlin, November 1916) S. 6: *... im Laufe des Winters wird, wenn der Krieg noch länger währt, im wesentlichen ganz Deutschland eine einzige Munitionsfabrik werden und werden müssen.*

So wenig irgendeiner der kriegführenden Staaten davor zurückschreckte, die Beteiligung der Bürger an den Kriegsanstrengungen, wenn es sein mußte, auch mit Gewalt zu erzwingen, so klar lag doch auf der Hand, daß diese Waffe versagen mußte, wenn große Teile der Bevölkerung sich von der nationalen Aufgabe, alles für den Krieg einzusetzen, distanzierten. Die Identifikation mit dem kämpfenden Vaterland, auf die jetzt alles ankam, war nicht mehr in zureichendem Maße aus angestammten Verhaltensmustern zu erhoffen, die fraglose Untertänigkeit gegenüber der Obrigkeit vorschrieben. Sie setzte vielmehr mittlerweile das Bewußtsein voraus, ein jeder schütze mit dem Staat auch eine für ihn selbst verteidigungswerte Ordnung; ein System also, mit dem politische Diskriminierungen und Minderberechtigungen großer Gruppen im Prinzip unvereinbar waren.

Besonders klar hat dies in Deutschland General Groener gesehen, der 1916 als Vertrauensmann Ludendorffs an die Spitze des neugeschaffenen Kriegsamtens berufen wurde, um die Leistungen der Heimat für die Front zu steigern. Bei der Bewältigung dieser praktischen Aufgabe vertieften sich politische Einsichten, die schließlich konträr zu Ludendorffs militäristisch vereinseitigten Patentüberzeugungen stehen sollten. Groeners vielleicht überscharf konturiertes Bild: *Der Krieg ist die größte demokratische Welle, die jemals über den Planeten gegangen ist. Wer sich ihr entgegenstellt, den wird sie über den Haufen werfen; es handelt sich darum, auf ihr zu steuern. Folglich muß Steuermann und Kurs so gewählt werden, daß wir auf dieser Welle getragen werden und in den Hafen kommen, auch wenn der Krieg schlecht ausgeht*<sup>12</sup>. Hier wird, wohl gemerkt, Demokratisierung nicht um ihrer selbst willen gefordert. Sondern ein Repräsentant des herrschenden Systems gibt der Einsicht Ausdruck, daß der alte Staat nur mit Hilfe von Konzessionen aus den Zeitgeist zu erhalten war. Neue Leute, Vertreter breiterer Schichten, in die Verantwortung hineinzuziehen, erleichterte die Aufgabe, eben die breiten Schichten bei der Stange zu halten. Mitverantwortung bedeutete zugleich Mithaftung für Rückschläge, ja für die endgültige Niederlage. Ein weiteres Argument aus dem gleichen Argumentationszusammenhang: ohne Zugeständnisse an die Massen, ohne Demokratisierung würden die Arbeiterführer, die sich in die patriotische Front eingereiht hatten, ihre Anhängerschaft verlieren. Und schließlich darf, wer jene vielgestaltige Dynamik nachzeichnen will, durch die eine Demokratisierung freigesetzt wurde, die »Er-

<sup>12</sup> Dorothea GROENER-GEYER, General Groener. Soldat und Staatsmann (Frankfurt/M. 1955) S. 58. – Kritisch zur gegenteiligen Einstellung z. B. 12. 10. 1918 ebd. S. 85: »Aber Ludendorff hat leider nie Verständnis für psychologische Wirkungen besessen und infolgedessen ebensowenig Verständnis für Politik gehabt. Er glaubte, befehlen zu können, wo dies nicht möglich war«.

satzbefriedigung« nicht vergessen. Es könnte, um wiederum General Groener sprechen zu lassen, notwendig werden, die Massen mit Wahlzetteln statt mit Fleisch und Brot zu füttern<sup>13</sup>, da sich das Ernährungsloch nun einmal nicht stopfen ließ.

Der Drang nach »Demokratisierung« – der Begriff in einem sehr weiten, auch im soziale Zugeständnisse einschließenden Sinne verstanden – hat sich vermutlich in allen kriegführenden Staaten, aber doch in sehr unterschiedlicher Intensität geltend gemacht. Ich möchte meinen: am wenigsten in Frankreich (und vermutlich in den Vereinigten Staaten, die hier beiseite bleiben dürfen). Denn in Frankreich war ja der demokratische Phantasiehorizont der Zeit erreicht und ausgefüllt. Jenseits davon begann ein sozialistisches Traumland, von dem die Masse der Franzosen nichts wissen wollte. Da das Gefühl allgemein war, vor dem Angreifer Deutschland sei nicht nur das Territorium und eine Machtstellung, sondern auch eine überlegene politische Ordnung zu bewahren, fehlt hier der anderswo geläufige Faktor der Kompensation für das Mitmachen. Immerhin: im Ansatz ist die Tendenz zur Demokratisierung auch in Frankreich zu registrieren. Etwa darin, daß die »Suprematie der Exekutive« ab 1915 (und bis 1917) dem zunehmenden Druck wiedererwachter Parlamentsaktivität weichen mußte; ferner in einer Aufwertung der Sozialisten, die etwa mit Albert Thomas einen Unterstaatssekretär und später Minister für Bewaffnung stellten, also einen ausgesprochenen Schlüsselposten zugeschanzt erhielten. Damit ist eng zusammenzunehmen, daß den Belegschaften wie den – im Kriege mächtig anwachsenden – Gewerkschaften gewisse Zugeständnisse gemacht wurden. Aber in die Endrunde wurde Frankreich nicht, wie die Sozialisten gehofft hatten, von einem linken Kabinett, sondern – ab November 1917 – von Clemenceau geführt, den die SFIO als ihren Gegner empfand und der in seiner glorreichen Amtszeit wenig Anstalten machte, diese Einschätzung zu widerlegen. Nicht zuletzt in den gern angenommenen Redegefechten mit der linken Opposition, die er als knieweich und unrealistisch abkanzelte, profilierte er sich

---

<sup>13</sup> Gerald F. FELDMAN, *Army, Industry and Labour in Germany 1914–18* (Princeton 1966) S. 369. F.s. Arbeit ist für die Analyse des komplizierten Kräfteverhältnisses, das sich während des Ersten Weltkrieges in Deutschland herausbildete, bahnbrechend. – In der Ernährungswirtschaft zeigt sich die »Demokratisierungstendenz« vielleicht am klarsten, weniger als sonst meist in Deutschland gebremst und gebrochen. Hier siegte der Konsumentenstandpunkt rasch gegen die – bislang doch politisch überrepräsentierten! – Interessen der Agrarproduzenten. Und wenn der Sozialdemokrat August Müller in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes berufen und – auch dies eine Initiative Groeners – im April 1917 verordnet wurde, daß je zwei Arbeitervvertreter als Beigeordnete aller Verteilungsstellen für Nahrungsmittel sich überzeugen sollten, das alles Notwendige getan werde, s. GROENER-GEYER, *Groener* S. 53, dann liefen solche und ähnliche Beschwichtigungsmaßnahmen sogar auf eine Bevorzugung der Arbeiter gegenüber anderen, meist viel staatsfrommeren Verbraucherkreisen hinaus.

als der Steuermann mit der festen Hand, der unbeirrbar Kurs auf den Sieg hielt.

Mehr auf Anklang bei den Arbeitern angewiesen sah sich sein britannischer Kollege. Denn England war ja 1914 nicht selber angegriffen worden, sondern hatte sich auf die Seite der Angegriffenen gestellt. Das *tua res agitur* war also auf der Insel nicht so offenkundig wie in Frankreich und bedurfte nachhelfender Gesten, die der Regierung meist durch die Gewerkschaften nahegelegt wurden. Diese mußten um ihren Massenrückhalt besorgt sein und für die Unterstützung, die sie dem Staat liehen, etwas für die Arbeiter »hereinspielen«. Zu dem – direkt oder indirekt unter das Stichwort »Demokratisierung« fallenden – Gegengaben, die Lloyd George ihnen zusicherte (vielfach im unkonventionellen Alleingang am Parlament vorbei), gehörten etwa die Beschränkung der Kriegsgewinne und die Besteuerung der großen Vermögen zur Deckung der Kriegskosten sowie die Erweiterung des Wahlrechts, die Millionen Frontkämpfern und Arbeitern zugute kommen und später auf die Frauen ausgedehnt werden sollte.

Auch in Deutschland machte der Krieg die wahlrechtliche Benachteiligung der Massen, wie sie noch immer in Preußen galt, endgültig unhaltbar. Und auch hier war die Gruppe, der man besonders Rechnung tragen mußte, da sie für die Rüstung unentbehrlich und zur gefährlichen Aktion befähigt war, die Arbeiterschaft. Aber in den ersten, noch recht zaghaften Ansätzen zu einer Demokratisierung des Reiches zeigt sich doch auch das Bestreben, das Bürgertum durch Hineinnahme einiger namhafter Parteivertreter noch stärker in das System einzubinden und das zu Makel und Schwäche gewordene reine Beamtenregiment zu überwinden. Wenn man sich vor Augen hält, auf welche kümmerliche Reste die ohnedies eher zaghafte System- und Regierungskritik unter den Zentrumsleuten während der Kanzlerschaft *ihres* Grafen Hertling zusammenschmolz; wenn man weiter bedenkt, daß die Regierung eines Mannes, der den Parlamentarismus unverholen ablehnte, dennoch als *parlamentarische Regierung der Mittelparteien*<sup>14</sup> empfunden werden konnte, dann möchte man hinzufügen: mit erstaunlichem Erfolg.

<sup>14</sup> Groener 3. 11. 1917 ebd. S. 76. – Nicht haltbar ist die These in dem – übrigens für das Problem der Demokratisierung und für die potentiell erhebliche Macht des Reichstages selbst gegenüber der 3. OHL sehr aufschlußreichen – Buche von Johann Viktor BREDT, *Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg* (Berlin 1926) = *Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918*, Bd. 8 S. 173, die Parteien hätten nicht gewußt, daß Hertling eine Parlamentarisierung ablehnte. So betonte die »Kölner Volkszeitung«, ein Zentrumsblatt, am 30. 10. 1917, gerade diese Aversion teile H. mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes, s. Hans ILLICH, *Über die Haltung der Zentrumspresse zur Parlamentarisierung 1917/18 mit besonderer Berücksichtigung der »Kölnischen Volkszeitung«* (Phil. diss. Würzburg 1932) S. 51. – Nach Edward HOOP, *Die Innenpoli-*

Viel stürmischer, viel weniger gebrochen als in Deutschland nimmt sich die Demokratisierungswelle in Rußland aus. Sie führte schon unmittelbar bei Kriegsbeginn, als man sich in Deutschland allenfalls sehr vagen Phantasien von »Neuorientierung« hingab, zu dem handfesten Wandel, daß die Selbstverwaltungskörperschaften in Stadt und Land die gesamt-russischen Zusammenschlüsse, die der Staat ihnen bisher verweigert hatte, auf eigene Faust improvisierten. Organisationen, die sich der Hilfe für die kämpfende Truppe und vor allem den Verwundeten widmen wollten, konnte man jetzt nicht mehr gut den Weg verbauen<sup>15</sup>. 1915 – in einem für Deutschland innenpolitisch noch recht friedlichen Jahr – alarmierten schwere Niederlagen die russische Gesellschaft, die unterentwickelte Kriegswirtschaft anzukurbeln, und zwar zum guten Teil durch gesellschaftliche Eigeninitiative, im Rahmen der bestehenden, aber auch neu geschaffener gesellschaftlicher, nicht staatlicher Organisationen<sup>16</sup>. Dabei schwang der Wunsch mit, den Behörden Einflußbereiche abzurufen. 1915 wurde auch der Ruf nach einer – nicht nur aus volks- und parlamentsfernen, dem Zaren genehmen Bürokraten bestehenden – »Regierung des nationalen Vertrauens«, der Vorstufe zu der radikaleren Alternative einer parlamentarischen Regierung, unüberhörbar.

Warum machte sich die Tendenz zur »Demokratisierung« in Rußland schon Mitte 1915 so viel stärker geltend als in Deutschland bis hin zum Herbst 1918? Warum erfaßte sie viel breitere Schichten und beraubte die alte Ordnung schließlich beinahe jeglichen Rückhalts, obwohl die militärische Lage an den russischen Fronten am Vorabend der Februarrevolution recht hoffnungsvoll aussah, ja die Waage des Krieges insgesamt sich trotz aller großen Schwierigkeiten offensichtlich zur Seite der Entente senkte, die doch dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten mit ihren unerschöpflichen Reserven an Menschen und Material entgensah? Wes-

---

tik der Reichskanzler Michaelis und Graf Hertling (Diss. phil. masch. Kiel 1951) S. 173, der sich auf die Darstellung Max von Badens stützt, fand man sich mit Hertlings Einstellung ab, »weil man nicht Gefahr laufen wollte, bei einem Scheitern der Kandidatur Hertlings alles bisher Erreichte durch eine Militärdiktatur wieder zu verlieren«. Hier wird – *ut desint vires* – eine *laudanda voluntas* unterstellt, die mir zumindest für Zentrum und Nationalliberale überzogen erscheint. – Mit Peter MOLT, Der Reichstag vor der improvisierten Revolution (Köln 1963) = Politische Forschungen Bd. 4 S. 36 glaube ich an »mangelnde Verantwortungsbereitschaft des Reichstages«.

<sup>15</sup> Dazu in der russ. Carnegie-Reihe Tikhon J. POLNER, Prince Vladimir A. OBOLENSKY, Sergius P. TURIN, Russian Local Government During the War and the Union of Zemstvos (New Haven 1930) und Nicholas J. ASTROV, The Municipal Government and the All-Russian Union of Towns, in: The War and the Russian Government (1929), von dems. und Paul P. GRONSKY) S. 133–311.

<sup>16</sup> Dazu in der gleichen Reihe O. ZAGORSKY, State Control in Russia During the War (New Haven 1928). – Rudolf CLAUS, Die Kriegswirtschaft Rußlands bis zur bolschewistischen Revolution (Bonn . . . 1922) = Bonner Staatswissenschaftliche Untersuchungen H. 1.

halb war, auf eine kurze Formel gebracht, das System des kaiserlichen Deutschlands stabiler und strapazierfähiger als das zarische? Auf diese Fragen lassen sich viele, verwirrend viele Antworten wagen. Greifen wir nur solche Faktoren heraus, die mit den Leitgedanken der vorliegenden Skizze zu tun haben!

Bezeichnend für Deutschland: hier erlitt keine der innerhalb des vor-demokratischen Systems entscheidenden Autoritäten einen derartigen Prestigeverlust, daß dadurch gleichsam die Kette an ihrer schadhaftesten Stelle gerissen wäre. Wenn der Kaiser immer mehr in den Hintergrund trat<sup>17</sup>, so war das eher ein Vorteil für das System. Denn niemand konnte ja annehmen, daß dieser Mann, dessen schwankende Natur man bereits in Friedenstagen kennengelernt hatte, jetzt, in den um so viel härteren Kriegszeiten, einen ruhenden Pol abgeben würde. Ein Ersatz schien sich in Hindenburg zu bieten, dessen durchaus begrenzte Qualitäten von einem weitverbreiteten Wunschdenken ins Ungemessene gehoben wurden. Der zweite der »Halbgötter in Uniform«, Ludendorff, galt, in seinem militärischen Ansehen bis in den Herbst 1918 kaum angefochten, als unersetzbarer Meister strategischer Planung und rastloser taktischer Lageanpassung.

Unaufhaltsam schien dagegen seit 1916 das Prestige der zivilen Führung dahinzuschwinden. Wenn Bethmann Hollweg 1917 stürzte, weil die 3. OHL ihn erbittert bekämpfte und der Reichstag ihn schließlich fallengelassen hatte, so lag sein Dilemma, in der Terminologie dieser Skizze ausgedrückt, darin, daß er weder als Helfer einer von der OHL geführten Militarisierung noch als Pionier jener Demokratisierung überzeugte, die im Begriffe stand, zur Sache einer Reichstagsmehrheit zu werden. So mußte er zwischen die Mühlsteine zweier verschiedener Integrations- und Mobilisierungsweisen geraten. Der Nachfolger Michaelis fiel schon nach einem Vierteljahr, nachdem er, der Nur-Beamte, den herkömmlichen Typ der reinen Beamtenregierung endgültig diskreditiert hatte. Aber dann gelang es dem Kanzler Hertling, sein hohes und bedrohtes Amt gleichsam aus der Schußlinie zu rücken<sup>18</sup>. Er war gegenüber der OHL entgegenkommend genug, um nicht, wie Bethmann, den Zorn Ludendorffs auf sich zu lenken. Aber daß ein Katholik aus dem bayerischen Zentrum und seinerzeit Opfer des Kulturkampfes am Ende von Verhandlungen, in dem die Parteien ihr Wort kräftig mitgesprochen hatten, Reichskanz-

<sup>17</sup> S. dazu etwa Gerhard RITTER, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des »Militarismus« in Deutschland Bd. 3 (München 1964) S. 21–24; Bd. 4 (1968) S. 451 f.

<sup>18</sup> Treffend FELDMAN, Army S. 546: »The Hertling Government was too conservative to drive the OHL to the last extremity just as it was too reformist to drive the Social Democrats to revolution«.

ler und preußischer Ministerpräsident hatte werden können, wurde vom Zentrum als Abbau von Diskriminierung, ja in einer breiteren Öffentlichkeit als Schritt nach vorn empfunden. Wieder in der Sprache dieser Skizze: als Meilenstein auf dem Wege der Demokratisierung. Daran war soviel richtig, daß Hertling sich ohne Vorbehalt für die Einlösung der kaiserlichen Osterbotschaft einsetzte, weil eine Reform des überalterten preußischen Wahlrechts nur Verhältnisse schaffen würde, wie sie in Süddeutschland bereits selbstverständlich waren. Und doch war Hertling im Grunde ein Konservativer, der seinen Abschied erbat, sobald die Einführung des Parlamentarismus unvermeidlich geworden war.

Man wird bei allem Respekt vor der Würde, die er ausstrahlte, und vor seinem taktischen Geschick dem alten, gebrechlichen Mann nicht die Leistung unterstellen wollen, er habe die 1917 noch in bedrohlicher Weise auseinanderstrebenden Tendenzen der »Militarisierung« und »Demokratisierung« auszugleichen verstanden und damit der Reichsleitung wieder eine Schlüsselstellung gesichert. Nein, es gelang dem »Versöhnungskanzler« nur, die politische Spitze in den Halbschatten zurücktreten zu lassen. Ihr Prestigeschwund sprang bis zum Spätsommer 1918 nicht mehr so ins Auge wie 1917 und wurde nicht zu dem entscheidenden Systemleck, durch das sich die Wasser ins ganze Schiff ergossen.

Ebendies geschah dagegen in Rußland. Es war nicht die Sache Nikolaus' II., wie Wilhelm II. im Hintergrund zu überdauern. Zwar verzichtete der Zar, trotz des Mitte 1915 so demonstrativ übernommenen Oberbefehls, fast so konsequent wie der Vetter in Deutschland, in die Kriegführung hineinzureden. Aber über die – viel zu häufigen – Entlassungen und Ernennungen von Ministern bestimmte er weiterhin den politischen Kurs, und zwar legte er ihn, nach kurzfristigen Konzessionen im Sommer 1915 an die »Demokratisierung«, auf eine Linie der Reformverweigerung fest, die mit bloßer bürokratischer Routine bar jeder Werkkraft zusammenfiel. Vom Herbst 1915 bis zum Frühjahr 1917 hat das vom Zaren bestellte Kabinett – zusammen mit der Zarin und dem in seinem Einfluß beträchtlich überschätzten Rasputin – die vollen Scheinwerfer der Kritik auf sich vereinigt. Es kam zu einer geradezu hysterischen Mythenbildung, die der Zarin und ihrer Clique, zu der man auch die meisten Minister rechnete, eine Politik des gewollten Chaos, des Verrats und der zielstrebigsten Bemühung um einen Separatfrieden mit Deutschland andichtete. Die Realität hinter diesem blanken Unsinn ist, daß die russische Regierung, die schließlich durch die Februarrevolution hinweggefegt wurde, in besonders krasser Weise jenem Prestigeschwund unterlag, der in allen vordemokratischen und vom Krieg extrem belasteten Staaten angelegt war, weil sich hier in den Kabinetten ja nicht der Wille der Volksvertretungen verkörperte.

Während sich das deutsche Regime – von den nebelhaften Neuorientierungs-Perspektiven Bethmanns über die Osterbotschaft bis zu Hertlings Bemühungen um ihre Einlösung – immer von neuem das Gesicht einer Öffnung nach vorn aufsetzte, gab sich das russische extrem bewahrend. Dabei war der tatsächliche Unterschied nicht so groß, wie es auf den ersten Blick anmutet. Das Reformwerk in Deutschland blieb mit seinen bis zum Oktober 1918 recht bescheidenen Ausmaßen durchaus vergleichbar mit den De-facto-Konzessionen an die Demokratisierung, die in Rußland gemacht wurden. Hier hatten sich die Selbstverwaltungsorganisationen, die bis zum Kriegsausbruch streng im Zaum gehalten worden waren, nunmehr kräftig entfaltet. Ja ihr Aufschwung war fast ausschließlich vom Staat finanziert worden, der seiner Konkurrenz noch nicht einmal eine strenge Rechnungslegung abverlangte. Eine sehr bedeutsame Neuerung, die in der kurzen Reformphase von 1915 eingeführt und nicht wieder rückgängig gemacht wurde, war, daß für die zentral wichtigen Angelegenheiten von Rüstung, Brennstoffgewinnung und Versorgung »Sonderkonferenzen« (*Osobyje soveščanija*) eingesetzt worden waren, die als oberste, auch den Ministerien vorgeordnete Instanzen fungieren sollten<sup>19</sup>. In diesen Gremien saßen nicht nur Bürokraten und Militärs, sondern auch Delegierte der Parlamente und der wichtigsten gesellschaftlichen Organisationen. Ein bedeutsamer Durchbruch war weiterhin, daß eine *Oberste Untersuchungskommission* berufen wurde, die den Ursachen der russischen Niederlage nachgehen sollte und wiederum, neben Vertretern der Zivil- und Militärverwaltung, auch Parlamentsmitglieder umfaßte. In beiden Fällen handelte es sich um markante Konzessionen an die Demokratisierung, für die sich überzeugende Gegenstücke aus Deutschland kaum werden beibringen lassen. Aber da weder der Zar noch die Gesellschaft die vollzogenen Wandlungen als echte »Neuorientierung« verstanden, hatten die Ansätze zu einer »Demokratisierung« auch keine beschwichtigende Wirkung.

Im Gegenteil: wo man, wie in den »Sonderkonferenzen«, mit Vertretern des Staates um einen Tisch saß, benutzte man die gebotene Chance mehr zur Anklage als zur Zusammenarbeit, und wo man, auf der Basis der ländlichen und städtischen Selbstverwaltungskörperschaften, eigene Organisationen zur Bewältigung der Kriegsanforderungen aufbaute, da entwickelten sich diese zu einer Art Neben- oder Gegenstaat mit dem Anspruch, durch Freiwilligkeit und gesellschaftliche Eigeninitiative mehr und Besseres zu leisten als die träge, lebens- und volksferne Bürokratie

<sup>19</sup> Dazu bes. ZAGORSKY, *State Control*; Paul P. GRONSKY, *The Central Government*, in: *War and Russ. Gov.* S. 32–42.

durch Zwang und Paragraphenreiterei<sup>20</sup>. *Wir besorgen das Geschäft des Staates*, sagte Fürst Georgij L'vov auf einem der von ihm präsierten Kongresse der ländlichen Selbstverwaltungsorgane (*zemstva*), und Pavel Miljukov, der Führer der parlamentarischen Opposition gegen die Regierung, kommentierte später die Worte des ihm politisch benachbarten L'vov, dieser hätte sagen können: »Wir nehmen den Platz der Staatsautorität ein«<sup>21</sup>. So berechtigt der Stolz auf das Geleistete war: die Überzeugung, einen besseren und effizienteren Staat zu repräsentieren, sollte die Geschichte bald in einem harten Test widerlegen. L'vov wurde ja zum ersten Ministerpräsidenten jener Provisorischen Regierung, die im März 1917 das zarische System ablöste, und die innenpolitischen Experimente, die unter der Ägide L'vovs unternommen wurden, muten wie die Umsetzung des antibürokratischen Staatsideals, das den Selbstverwaltungsorganisationen vorgeschwebt hatte, in eine raue Wirklichkeit an. Die Tragik der Provisorischen Regierung, unter deren Führung der Staat gleichsam auseinanderlief, zeigt im nachhinein, wie sehr die unbezweifelbaren Erfolge der Selbstverwaltungsorganisationen zwischen Kriegsausbruch und Februarrevolution abhängig gewesen waren von Rahmenbedingungen, die eben das zarische Zwangssystem gewährleistet hatte und die mit seinem Zusammenbruch dahin waren.

Was findet sich an Vergleichbarem in Deutschland? Auch hier ist vor dem Kriege die Einschränkung der Selbstverwaltungen durch den Staat beklagt worden. Breitere Kompetenzen, weniger ängstliche Gängelung: diese namentlich aus dem städtischen Bereich gespeiste Forderung floß ein in jenen noch recht zahmen bürgerlich-sozialdemokratischen Reformkonsens, der sich schon in den Anfangsjahren des Krieges abzeichnete<sup>22</sup>. Auch in Deutschland berief sich die Selbstverwaltung auf ihre glänzende Bewährung im Krieg. Auch in den deutschen Kriegsgesellschaften, in denen sich die einzelnen Wirtschaftszweige zur Bewältigung der Rüstungs- und Versorgungsaufgaben zusammenschlossen, fehlt nicht die Überzeugung, man werde durch Eigenorganisation rascher und besser zu Rande kommen als unter einer Beamtenfuchtel oder unter militärischen Kommandos. Aber zu einer echten Polarisierung von Staat und Gesellschaft wie in Rußland kam es in Deutschland nicht. In einem Lande, wo die

<sup>20</sup> Zum Selbstbewußtsein der »gesellschaftlichen Organisationen« s. etwa Paul MILIUKOV, *Political Memoirs*, hrg. v. Arthur P. MENDEL, engl. v. Carl GOLDBERG (Ann Arbor 1967) S. 313.

<sup>21</sup> Ebd. S. 361.

<sup>22</sup> S. dazu die beiden Aufsatzsammlungen *Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland*, hrsg. v. Friedrich THIMME/Carl LEGIEN (Leipzig 1915); *Recht, Verwaltung und Politik im neuen Deutschland*, hrsg. Alfred BOZI/Hugo HEINEMANN (Stuttgart 1916). – Über den eindringlichsten Kritiker der obrigkeitsstaatlichen Praxis s. Siegfried GRASSMANN, *Hugo Preuß und die deutsche Selbstverwaltung* (Lübeck ... 1965) = *Historische Studien* H. 394.

Steinsche Städtereform immerhin schon ein gutes Jahrhundert zurücklag, war der Nachholbedarf geringer als im Zarenreich. In weiten Bereichen bildete die Selbstverwaltung einfach die unterste allgemeine Verwaltungsebene, deren Kooperation mit den staatlichen Instanzen längst eingespielt war. Einen Preußischen Städtetag gab es seit 1896 und einen Deutschen seit 1905. Die Kommunen brauchten sich also eine gesamtstaatliche Repräsentanz nicht erst im Kriege zu erobern. Die Beamtenschaft war in der Masse qualifizierter und gab sich weniger Blößen als die russische Bürokratie. Und die Kriegsgesellschaften waren von Anfang an aufs engste mit dem Staat verzahnt, nahmen immer mehr öffentliche Funktionen wahr und arbeiteten nach genauer Anweisung des Kriegsrohstoffamtes. Die Deutschen hätten nicht die Deutschen sein dürfen, wenn sie, auch ohne Beamten- oder Offiziersrang, in einem solchen Milieu keine Beamten- und Offizierseigenschaften entwickelt hätten<sup>23</sup>. Ein übriges, um die Kluft zwischen Staatsverwaltung und industrieller Selbstverwaltung zu schließen, tat die zunehmende Reglementierung, die sich zwingend aus dem Charakter der Mangelwirtschaft ergab; weiterhin die Schwierigkeit, daß Entscheidungen etwa über Rohstoffzuteilungen oder gar Betriebsschließungen, bei denen für die Betroffenen viel oder alles auf dem Spiel stand, nicht leicht von Branchenkollegen verantwortet werden konnten. In solchen Fällen empfahl sich die Endentscheidung eines *Unterschriftsoffiziers*<sup>24</sup>.

Nun, Formen der engen Kooperation zwischen Staat und Gesellschaft gab es gewiß auch in Rußland. Aber sie fielen, je mehr sich die Vorstellung eines hoffnungslosen Bruchs zwischen Regierenden und Regierten durchsetzte, um so weniger ins Auge. Auf eine kurze, grobe Formel gebracht: in Rußland trug der Krieg dazu bei, daß sich das Bewußtsein der Gesellschaft, gegenüber dem Staat eigenständig und selbsttätig zu sein, noch festigte, während in Deutschland eher die »Verstaatung« der Gesellschaft Fortschritte machte. Oder, in der Sprache dieser Skizze: was dort die »Demokratisierung« vorantrieb, floß hier im stärkeren Maße auf die Mühlräder der »Militarisierung«.

Ein letzter Aspekt unserer Frage, warum das zarische System rascher zusammenbrach. Das kaiserliche Rußland erscheint dem kaiserlichen Deutschland darin ähnlich, daß seine Armee in einem Staatsgebäude, des-

<sup>23</sup> S. etwa – in einem Vortrag vom 20. 12. 1915 über den Aufbau des Kriegsrohstoffamtes – Walter RATHENAU, Deutschlands Rohstoffversorgung im Kriege (Berlin 1916) S. 19: ... *merkwürdig, wie wir alle fiskalisch wurden*. Es sei typisch deutsch, über einer Aufgabe die eigene Herkunft zu vergessen.

<sup>24</sup> S. etwa Joseph KOETH: Rohstoffbewirtschaftung, in: Handbuch der Politik, <sup>3</sup>hrsg. v. Gerhard ANSCHÜTZ u. a. Bd. 2 (Berlin ... 1920) S. 224–235; Otto GOEBEL, Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg einschließlich des Hindenburg-Programms (Stuttgart 1930) bes. S. 185–187.

sen Stützen morsch und morscher wurden, als einziger fester Pfeiler stehen blieb. Seit den Rückschlägen von 1914–15 war die Front im wesentlichen stabilisiert, ja in der Brusilov-Offensive von 1916 fiel den russischen Truppen der größte Schlachtsieg zu, den die alliierte Seite bislang zu verzeichnen hatte. Generalstabschef Alekseev, der die nur dem Namen nach vom Zaren selber innegehabte Kommandogewalt ausübte, genoß hohes Ansehen, wenn sich um den bescheidenen und zurückhaltenden Mann auch kein ähnlicher Mythos bildete wie um Hindenburg und Ludendorff. Die Mitte 1916 immer radikaler werdende Systemkritik, in die neben der liberalen auch die gemäßigt-rechte Öffentlichkeit einstimmte, sparte die Armee und ihre Führung ziemlich sorgfältig aus. Es ging nicht darum, zugleich mit dem Staat auch das Heer zu wandeln, sondern durch eine Reform des Staates dem braven Heer den Rückhalt zu geben, den es brauchte. Also in Rußland wie in Deutschland: eine Armee von großem Prestige; aber in Deutschland eine Ordnung, die erst zusammenbrach, als das Herr vor der Kapitulation stand; in Rußland dagegen ein – trotz aller Verschleißerscheinungen – im Kern intaktes Heer, **n e b e n** oder **h i n t e r** dem die Staatsordnung einstürzte. Dieser Unterschied erfordert eine ausführlichere Analyse, als sie an diesem Ort geleistet werden kann. Aber einiges läßt sich immerhin andeuten.

Das zarische Rußland war nach seiner geschichtlichen Tradition kaum weniger als Preußen ein Militärstaat. Der Unterhalt der Truppen hatte durchweg einen großen, allzu großen Teil der Kräfte, die das Land hergab, verschlungen. Ja die Bedeutung des Militärs im Staat ging darin noch über die preußisch-deutschen Verhältnisse hinaus, daß Generale nicht selten auf hohe Verwaltungsposten überwechselten, ja oft im Regierenden Senat Teil an der obersten Justizinstanz bekamen und (vor 1906) im Reichsrat dem Zaren bei seiner Legislativfunktion beistanden. Die Verwaltung litt lange darunter, daß der Beamte ein viel geringeres öffentliches Prestige genoß als der Offizier. Nimmt man noch hinzu, daß der zarische Staat sich nur dank des Schutzes, den ihm die Armee lieh, durch die Revolution von 1905–07 gerettet hatte, dann könnte man vermuten, Rußland sei noch um einige Grade »militaristischer« gewesen als Deutschland. In Wirklichkeit aber haben sich Armee und Marine des Zarenreichs viel strenger in ihren Ressorts gehalten und viel weniger in die Politik eingegriffen als in Deutschland, wo etwa ein Admiral zur politischen Schlüsselfigur wurde<sup>25</sup>. Der Anspruch, ein überparteiliches Organ der Gesamtheit zu sein, der in Deutschland meist eine sehr massive konser-

<sup>25</sup> So behauptet Gerhard RITTER, Staatskunst Bd. 2 (1965) S. 98 zu recht, daß »die politische Rolle der Armee im Regierungssystem des letzten Zaren sicherlich nicht bedeutend« war. Seine Skizze über »Die Rolle des »Militarismus« im zaristischen Rußland« S. 98–114 müßte von einem Kenner des russischen Materials überprüft und ergänzt werden.

vative Parteinahme verdeckte, war in Rußland aufrichtiger. Militaristische Vorstellungen wie die, daß die Nation durch Wehrdienst und Wehrfreude vom Ungeist der Zeit gereinigt werden müsse, wirkten stärker auf die Untertanen Wilhelms II. als auf die Russen. Und da der Krieg nun einmal keine gänzlich neuen Verhaltensweisen zu prägen pflegt, sondern längst ausgebildete Muster fortentwickelt, war es nur natürlich, daß die russische Armee auch jetzt kein Angebot machte, wie die Heimat für den Krieg zu mobilisieren sei. Dies Feld überließ sie – in einer aus deutscher Optik erstaunlichen Selbstbescheidung – der Gesellschaft mit ihren Demokratisierungsidealen. Bis hinauf zu den höchsten Kommandostellen war sich die Truppe mit den gesellschaftlichen Organisationen und mit der Parlamentsmehrheit weitgehend einig in dem Wunsch nach einer innenpolitischen Erneuerung; vermutlich – soweit immerhin dürfte ein Wandel eingetreten sein – viel einiger als vor dem Krieg, wo die Soldaten in größerer emotionaler Distanz zum »Parteiengetriebe« standen.

Mit der Verhaltenstradition, die aus der Friedenszeit ererbt war, muß man einen Faktor zusammensehen, der erst aus den Kriegsumständen hervorging. In Deutschland wurden die Kriegsziele zu wichtigen Bestandteilen der beiden Integrationsmodelle. Ja man wird sagen dürfen, daß die Anwälte der Demokratisierung erst dadurch eine echte Chance bekamen, daß sie zugleich für einen Verständigungsfrieden eintraten. Denn das vitale Interesse der Massen an einem baldigen Schweigen der Waffen stellte einen stärkeren Motor dar als die Demokratisierung selber.

Wie lagen die Dinge in Rußland? Daß sich die Öffentlichkeit bis hin zu der linksbürgerlichen Kadettenpartei für eine Annexion von Konstantinopel erwärmte und gerade Minister wie Sazonov und Krivošein, die der Regierung aus ihrer gefährlichen Isolierung heraushelfen wollten, bei den Alliierten Stimmung für die russischen Ansprüche machten, mag sich mit den Vorgängen in Deutschland zu Anfang des Krieges parallelisieren lassen, wo im Reichstag leichter eine Mehrheit für als gegen ausgreifende Kriegsziele zu gewinnen war. Ganz anders als in Deutschland war es jedoch in Rußland der Generalstabschef, Alekseev, der entschieden Front gegen die kühnen Pläne machte. Die Türkei müsse durch einen Sonderfrieden möglichst rasch aus dem Lager der Mittelmächte herausgesprengt werden, damit die russische Kaukasusarmee für die Endauseinandersetzung mit dem Hauptgegner Deutschland frei würde. Wenn man nach ihrer Hauptstadt griffe, zwänge man die Türken aber, bis zum letzten zu kämpfen<sup>26</sup>.

<sup>26</sup> Die europäischen Mächte und die Türkei während des Weltkrieges. Konstantinopel und die Meerengen. Nach den Geheimdokumenten des ehem. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, red. v. E. ADAMOV, dt. v. Kurt KERSTEN / Boris MIRONOW Bd. 2 (Dresden 1930) Nr. 9; 13 f.

Welcher Abstand zu den wahnwitzigen Eroberungsplänen des deutschen Generalquartiermeisters, die mit jedem Verständigungsfrieden unvereinbar waren; Pläne, von denen er und seine Gesinnungsgenossen sich – gleichgültig, ob die Träume wahr würden oder nicht – einen großartigen Effekt der Massenmobilisierung versprachen.

Welch Unterschied auch in der politischen Auswirkung beider Männer! Es liegt nach der Lektüre von »Staatskunst und Kriegshandwerk« nahe, in Ludendorff und seinem rührigen Hauspolitikaster Oberst Max Bauer die Unholde des kaiserlichen Deutschlands zu sehen. Die beiden verbissenen Kraftmenschen hätten dann selber die zerstörerische Rolle gespielt, die sie in glatter Umkehrung der Wahrheit einer schlappen politischen Führung zuschrieben. Hat nicht in der Tat Ludendorffs Veto, so lange es aufrecht erhalten blieb, die Reform des preußischen Wahlrechts verhindert? Und war nicht seine Idee, der Reichskanzler müsse zu einer Art Chefeinpeitscher für die OHL werden, zumindest so lange wahn-schaffen, als die OHL eine klare Machtübernahme scheute? Gewiß. Aber – hier berührt sich die Argumentation mit einem früheren Gedankengang – der Untergang des alten Staates ist durch so viel Unvernunft vermutlich kaum beschleunigt worden. Im Gegenteil: eben daß Ludendorff mit seinem großen militärischen Prestige in die Politik übergriff, stabilisierte in gewissem Sinne das System. Die Demokratisierer, die allen Grund zu einer klaren Frontstellung gegen ihren mächtigen Widersacher im Hauptquartier gehabt hatten, konnten sich dazu dennoch nicht durchringen. Anders, wenn Ludendorffs Abschied wirklich den Weg zu einer besseren Lösung innen und außen, zu Demokratisierung und Verständigungsfrieden, freigemacht hätte. Aber ob ein Verständigungsfrieden überhaupt zu haben war, blieb ja ungewiß. (Wir dürfen heute Ludendorff in dem einen Punkte Recht geben, daß dafür *keine* reale Aussicht bestand.) Und weil das so war, durfte man von Ludendorffs Sturz nur dieses sicher erwarten: er würde für das öffentliche Bewußtsein die Preisgabe des letzten Unterpfands für einen einigermaßen erträglichen Frieden bedeuten, den doch auch die Gegner der Siegfriedens-Parolen wollten. So blieb Ludendorff lange Zeit im Grunde unangreifbar. Seine Machtposition nahm er nun nicht *neben* dem politischen System, sondern wegen seiner politischen Parteinahme *in* diesem System ein und hat so sehr wesentlich dazu beigetragen, daß es sich in einem recht wenig gewandelten Zustand erstaunlich lange durcherhielt. Zumindest kaum kürzer, als es sich vermutlich mithilfe rechtzeitiger Reformen hätte halten können. Die Mischform, zu der sich kaum einer, am wenigsten Ludendorff, bekannte: viel »militaristische Militarisierung« und ein bißchen De-facto-Demokratisierung – dies eigentümlich schillernde Gebilde bewies, an der gewaltigen Belastung gemessen, die es auszuhalten hatte, mehr Tragfähigkeit,

als man ihm zutrauen würde. Und Ludendorffs Politik zerschlug in ihrer bloß partiellen Verwirklichung nicht so viel Porzellan, wie mit so viel »Unvernunft« eigentlich hätte zerschlagen werden können. Ja in der Endphase des Systems, als mit dem Entschluß zum Waffenstillstand die bisher praktizierte Mischform endgültig unhaltbar geworden war, wurde die Weiche zur Parlamentarisierung des Reiches und zur Demokratisierung Preußens von eben der OHL gestellt, die beide Reformen bisher verhindert hatte! Sollte das gewandelte System überhaupt eine Chance gehabt haben, sich über die unvermeidlich tiefen Erschütterungen der Kapitulationszeit hinüberzuretten, dann wurden sie nicht durch die Vorherrschaft der OHL verspielt.

Während es somit nicht erwiesen ist, daß Ludendorffs Verblendung systemzerstörend wirkte, bleibt unbestreitbar, daß es dem um soviel »vernünftigeren« Alekseev nicht gelang, das Leben des zarischen Rußlands zu verlängern. Welche Möglichkeiten blieben hier ungenutzt? Da Alekseev kein »militaristisches Programm« wie Ludendorff besaß, hätte er sein ganzes Prestige in die Waagschale jener Demokratisierung werfen müssen, die er für richtig hielt. Die dritte Lösung, die der Zar verfocht und die statt auf die Autorität des Heeres oder der Duma auf ein Bürokratenregiment sattem bekannter Art setzte, war ja offenbar zum Scheitern verurteilt. Nicht, daß es Alekseev an Vorstößen bei Nikolaus hätte fehlen lassen. Aber ihm ging außerhalb seines militärischen Ressorts die Entschiedenheit ab, die auch das Ultimatum eines Rücktritts nicht scheute. Ob er mit einer »Erpressung« ähnlich viel erreicht hätte wie Hindenburg und Ludendorff, bleibt, da er kaum im gleichen Maße wie die deutschen Dioskuren als unersetzbar galt, freilich ungewiß. Es fehlte weiterhin, soweit man das aufgrund der naturgemäß dürftigen Quellenlage behaupten darf, an einem klaren Kurswechsel, nachdem der Generalstabschef die Unbelehrbarkeit seines kaiserlichen Herrn endgültig eingesehen hatte. Gewiß gab es Drähte zwischen Alekseev und der politischen Opposition, aber am Vorabend der Revolution offenbar keinen konkreten, in nächster Zukunft realisierbaren Putschplan. Das ist nicht oder nicht in erster Linie darauf zu schieben, daß Alekseev in der entscheidenden Zeit um die Jahreswende von 1916 auf 1917 durch einen Erholungsurlaub aus dem Spiel gerückt war. Das Fazit: niemals mehr seit Mitte 1915 eine energische Einwirkung vom Militär auf die Politik. Die Autorität der Armee blieb »außen vor«, für die Systemerhaltung irrelevant<sup>27</sup>.

<sup>27</sup> Daß es unter den russischen Militärs namentlich vor der Ernüchterung durch die bedrohliche Häufung der Niederlagen auch Konzepte einer Integration durch Eroberungen gab, zeigt etwa die Denkschrift des Marinegeneralstäblers A. V. NEMIC vom 1. 12. 1914 ebd. S. 39: *Wir müssen aus dem Kriege ein Resultat mitbringen, das in je-*

Man verstehe das Vorgetragene als einen ersten Versuch. Nicht jeder Vergleich ist sinnvoll, und auch da, wo eine komparatistische Betrachtung mit gutem Grund angestellt wird, verliert man sich leicht in komplizierten Konstruktionen, die schwerer zu behalten als nutzbar zu machen sind. Nur die Erprobung und die Kritik an Experimenten kann erweisen, welche Koordinatennetze und Kategoriensysteme sich eignen, um die Vielfalt der Erscheinungen in mehreren Ländern beschreibbar und, im günstigen Fall, erklärbar zu machen. Von dem Begriffspaar, mit dem in dieser Skizze operiert wurde, möchte ich meinen, daß es sich in hervorragender Weise und gewiß mehr, als in diesem ersten fragmentarischen Aufriß deutlich wurde, als Kompaß durch die politische Geschichte des Ersten Weltkriegs eignet.

---

*dem russischen Herzen ein lautes Echo findet und dabei tatsächlich für das Vaterland wichtig ist, sonst wird dieser ungeheuerliche Krieg im Innern Rußlands nicht Zusammenschluß, sondern Zwist hervorrufen.*